

Wofür wir kämpfen und um Ihre Hilfe bitten

- Wir wollen eine starke, schnelle und effektive Justiz in Nordrhein-Westfalen. Die Richter und Staatsanwälte wollen nicht mit Aktenbergen kämpfen, sondern sich zügig und gründlich mit Ihnen, Ihren Fällen und juristischen Problemen befassen.
- Wir wollen einen Beitrag zu Ihrer persönlichen Sicherheit leisten, indem Straftäter rechtsstaatlich und schnell abgeurteilt werden.

Sich um die Menschen kümmern und für Gerechtigkeit sorgen:

Das ist unsere Motivation und der Grund dafür, den Beruf als Richter oder als Staatsanwalt zu ergreifen.

Deshalb fordern wir, dass die offenen Stellen in der Justiz in Nordrhein-Westfalen besetzt werden. Das heißt: 500 zusätzliche Richter und 200 zusätzliche Staatsanwälte. Und wir fordern, dass der Richter- und Staatsanwaltsberuf für besseren Nachwuchs wieder attraktiver gemacht wird. Hierzu ist eine Gehaltserhöhung von 10 Prozent erforderlich.

Wir bringen diese Forderungen in den Landtagswahlkampf ein, denn wir sind der Auffassung, dass eine starke Justiz ein wichtiges Thema in Nordrhein-Westfalen ist.

Wir möchten als starke und gestärkte Justiz besser für Sie, die Bürgerinnen und Bürger, sein.

Wir wollen den Menschen gerecht werden.

Helfen Sie uns, indem Sie uns und unsere Forderungen unterstützen.

Verantwortlich im Sinn des § 8 PressG (NW): Reiner Lindemann, Vorsitzender



Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger,

Sie kritisieren zu Recht:

- Die Gerichte sind häufig zu langsam und nicht effektiv genug.
- Langwierige Zivilverfahren führen nicht selten zu finanziellen Schwierigkeiten der Rechtssuchenden, mitunter sogar zur Insolvenz der Parteien.
- Straftaten werden oft nicht oder zu spät angeklagt. Weil nicht zeitnah verhandelt werden kann, kommt es zu unerwünschten Einstellungen und „Deals“. Manchmal müssen sogar Untersuchungsgefangene vorzeitig freigelassen werden.

Im Sinne der Gerechtigkeit ist dies nicht.

Die Gründe:

Es gibt in Nordrhein-Westfalen zu wenig Richter und Staatsanwälte.

Nach den offiziellen Erhebungen des Justizministeriums fehlen mehr als 500 Richter und 200 Staatsanwälte. Anders ausgedrückt: Jede siebte Stelle in der Justiz ist nicht besetzt.

Weil die Arbeit trotzdem erledigt werden muss, arbeiten die Richter und Staatsanwälte deutlich über 50 Stunden in der Woche. Das ergibt eine Überlastung von 15 bis 30 Prozent.

Der „Richter mittags auf dem Tennisplatz“ ist ein Märchen.

Sie wissen aus eigener Erfahrung:

Dauerhafte Überlastung hat negative Folgen für die Arbeit.

Richter und Staatsanwälte können sich für den einzelnen Fall und für die Menschen nicht mehr genug Zeit nehmen. So muss zum Beispiel ein Zivilrichter am Amtsgericht rund 50 Verfahren pro Monat erledigen, damit die Aktenberge nicht weiter wachsen, bei Staatsanwälten sind es rund 80 Verfahren. Wegen des Zeitdruckes ist es kaum möglich, gründlich zu arbeiten, so dass Fehler passieren.

Sie, die Menschen, die sich an die Justiz wenden, geraten in diesem Massengeschäft immer mehr in den Hintergrund.

Die Verantwortung für diesen Missstand trägt die Landespolitik.

Es wird an der Justiz gespart, die fehlenden Stellen werden nicht besetzt.

Besoldung 8% hinter Inflationsrate.

Genauso wird an der Besoldung der Richter und Staatsanwälte gespart. Die Besoldung wurde von der Gehaltsentwicklung in der Wirtschaft und in den Kanzleien abgekoppelt. In den letzten Jahren blieb die Besoldung 8 Prozent hinter der Inflationsrate zurück. Die Folge ist: Top-Juristen zieht es immer mehr in die großen Anwaltskanzleien, dort können sie mehr als doppelt so viel verdienen.

Es wird immer schwieriger, qualifizierte Bewerber für den Richter- und Staatsanwaltsberuf zu finden.